



Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Vertraulichkeit der elektronischen Kommunikation (PRISM)

zum Antrag der PIRATEN-Fraktion Drucksache 18/936

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert Bundestag und Bundesregierung auf, die Vorwürfe bezüglich massenhafter Ausspähung der deutschen Bevölkerung durch ausländische Geheimdienste und die Rolle der deutschen Geheimdienste lückenlos aufzuklären.
2. Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, so muss geklärt werden, warum die bestehende parlamentarische Kontrolle offenbar nicht ausgereicht hat, dieses zu unterbinden. Die Rechte der PKG müssen gestärkt und die Arbeit der Geheimdienste transparenter werden, um die Wirksamkeit der Parlamentarischen und der Öffentlichen Kontrolle zu erhöhen. Hierbei ist insbesondere zu prüfen, inwieweit die Mitglieder der PKG ihre Fraktionen und die Öffentlichkeit stärker informieren dürfen.
3. Die Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten darf nicht dazu missbraucht werden, die rechtlichen Hürden zum Schutz der Grundrechte der deutschen Bevölkerung aktiv zu umgehen. Bei personenbezogenen Anfragen an ausländische Geheimdienste oder sonstige Dritte müssen die gleichen rechtlichen Prüfungen erfolgen, wie z. B. die Beteiligung der G10-Kommission, wie bei direkten Maßnahmen zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses.
4. Auch digitale Kommunikation mit der Landesregierung muss authentisch und vertraulich sein können. Sie ist zudem eine Grundvoraussetzung für erfolgreiches E-Government. Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Schleswig-Holsteinische Landesregierung neben der schon vorhandenen Gateway-Lösung „Schleswig-Holstein-Service“, das Angebot an End-zu-End verschlüsselten Kommunikationsangeboten auszubauen.

Beim Aufbau der Verschlüsselungsinfrastrukturen (PKI) ist neben der Unterstützung von SSL-Verschlüsselung beim Transport und von S/MIME bei E-Mails insbesondere auf die

Möglichkeit zur Nutzung des gerade bei Bürgerinnen und Bürgern im E-Mailverkehr eingesetzten GnuPG/PGP zu achten.

Die Landesregierung wird gebeten, den Innen- und Rechtsausschuss des Landtages über die wesentlichen Fortschritte bei der Umsetzung zu berichten.

Begründung;

Die jüngsten Enthüllungen und Vorwürfe im Zusammenhang mit dem weltweiten, scheinbar unkontrollierten, und massenhaften Mitschneiden von Kommunikationsdaten und -inhalten durch ausländische Geheimdienste müssen dringend aufgeklärt werden. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei den Aktivitäten der deutschen Geheimdienste, insbesondere des Bundesnachrichtendienstes, zu.

Die Grundrechte der deutschen Bevölkerung müssen ein einheitliches Schutzniveau unabhängig vom Weg der Informationsbeschaffung haben.

Eine mögliche Aushebelung von Grundrechten, indem Kommunikationsdaten über den Umweg über ausländische Dienste beschafft werden, die einer direkten Beschaffung wegen bestehender rechtlichen Hürden nicht oder nur schwer zugänglich wären, höhlt diese aus und führt letztlich den Willen und die Abwägung des Gesetzgebers zwischen Sicherheits- und Freiheitsrechten ad absurdum. Es besteht deshalb ein dringender Klärungsbedarf, ob dieses gängige Praxis deutscher Geheimdienste ist oder nicht.

Angesichts der enthüllten Vorgänge und des möglichen Ausmaßes der Überwachung ist es notwendig, den Bürgerinnen und Bürger dieses Landes auch eine verschlüsselte Kommunikation per E-mail zu ermöglichen. Sie beinhalten sehr häufig sehr empfindliche Informationen, wie persönliche Erkrankungen, finanzielle Verhältnisse, soziale Situation usw., bei denen sich die Bürgerinnen und Bürger sicher sein müssen, dass diese nicht an Unbefugte gelangen können.

Dr. Kai Dolgner
und Fraktion

Rasmus Andresen
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW